

Juli / August 2024 | Nachrichten des Bundes der Steuerzahler in Schleswig-Holstein

*Der Masterplan der Unikliniken (hier Kiel) geht nicht auf:  
Die Neubauten führen nicht zu der dringend benötigten  
höheren Wirtschaftlichkeit.*



**Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) mit seinen beiden Standorten in Kiel und Lübeck macht jedes Jahr ein Defizit von über 100 Millionen Euro. Dafür werden Kredite aufgenommen, für die das Land haften muss. Der Kreditrahmen wird jetzt um 600 Millionen Euro auf dann 2,3 Milliarden Euro aufgestockt.**

Die Finanznot hat zwei große Gründe: Die Krankenversorgung des Maximalversorgers ist teurer als mit den Krankenkassen und Patienten abgerechnet werden kann. Hinzu kommen die umfangreichen Neubauprojekte an beiden Standorten. Ursprünglich war geplant, die Kosten dafür durch schlankere Abläufe mit weniger Personal zu erwirtschaften. Gesprochen wurde in diesem Zusammenhang von einer „Effizienzrendite“. Doch daraus wird nichts: Die Bauten werden teurer als geplant und die beabsichtigten Effizienzsteigerungen treten nicht im vorgesehenen Umfang ein. Beide Gründe zusammen führen dazu, dass das UKSH jedes Jahr ein Minus von über 100 Millionen Euro erwirtschaftet.

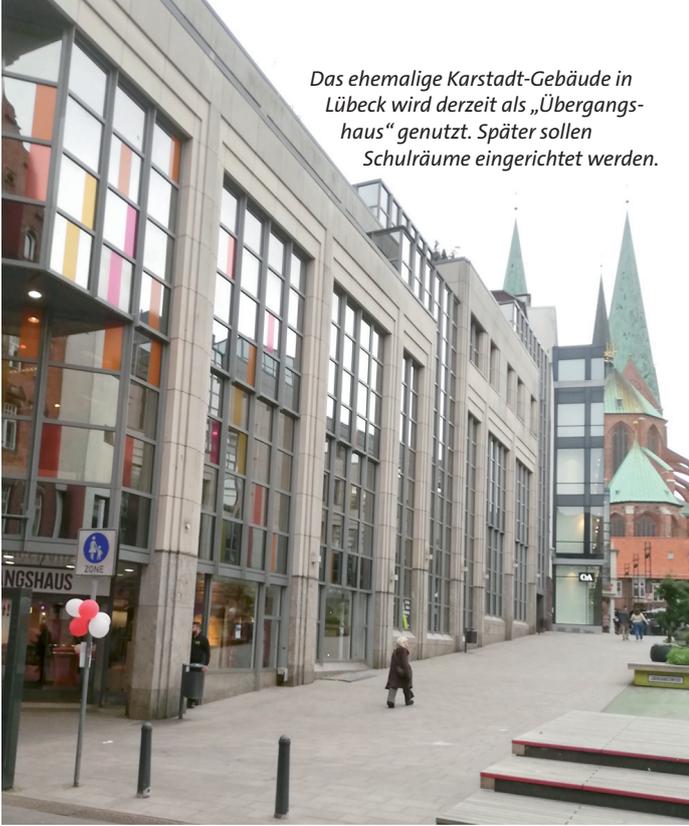
Doch obwohl es sich um eine landeseigene Einrichtung handelt und das Land für den wirtschaftlichen Erfolg haftet, gleicht es die Verluste nicht aus. Stattdessen nimmt das UKSH auf eigene Rechnung Kredite auf. Diese werden vom Land verbürgt, sie tauchen aber nicht in der offiziellen Landesverschuldung auf. Und so türmt sich ein erheblicher Schuldenberg außerhalb des Landeshaushaltes auf, für den die Steuerzahler gerade zu stehen haben. Der ursprüngliche Kreditrahmen von 1,65 Milliarden Euro wird voraussichtlich in diesem Sommer schon ausgeschöpft. Deshalb hat der Landtag beschlossen, dem UKSH die Aufnahme weiterer Schulden in Höhe von 600 Millionen Euro zu genehmigen. Der Gesamtkreditrahmen beträgt dann 2,25 Milliarden Euro.

Die Probleme werden absehbar sogar noch größer: Denn gerade-

erst hat der Landtag auch beschlossen, die rund 2.100 Servicekräfte am UKSH in Kiel und Lübeck ab 2027 wieder nach dem Tarifvertrag für Landesbeschäftigte zu vergüten. Bislang gab es einen Haustarifvertrag, der in der Summe etwa 20 Prozent niedriger lag. Die in die Tochtergesellschaft Service Stern Nord ausgelagerten Mitarbeiter kümmern sich beispielsweise um Reinigung, Sicherheitsdienst, Telefonzentralen, Sterilisation von Medizinprodukten, Logistik und Verpflegung. Sie waren aus Kostengründen bislang geringer bezahlt worden als vergleichbare Landesbeschäftigte. Dieses soll nach einem eindeutigen Votum des Landtages jetzt beendet werden. Nach Berechnungen des Finanzministeriums wird die Umstellung rund 17 Millionen Euro jährlich an Zusatzkosten verursachen. Kosten, von denen wir wissen, dass sie das Defizit und damit die Schulden des UKSH erhöhen.

Eine Perspektive, die Unikliniken in Schleswig-Holstein langfristig finanziell tragfähig aufzustellen, gibt es bislang nicht. 2008 war schon einmal erwogen worden, die Krankenversorgung an den beiden Standorten zu privatisieren, um sich von der jährlichen Defizitbelastung zu befreien. Die Politik, einfach die Schulden in einem Schattenhaushalt weiter anzuhäufen, wird sich nicht mehr lange durchhalten lassen, denn die Kreditzinsen belasten das Budget des UKSH zunehmend. Landtag und Regierung sind dringend gefordert, hier nachhaltige Zukunftslösungen zu erarbeiten.

**Rainer Kersten - [rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)**



Das ehemalige Karstadt-Gebäude in Lübeck wird derzeit als „Übergangshaus“ genutzt. Später sollen Schulräume eingerichtet werden.

# Karstadt-Haus als Schule?

gibt es allein vier Gymnasien, die über Raumnot klagen und an ihren Standorten keine Erweiterungsmöglichkeiten haben. Für den Umbau des Kaufhauses veranschlagt man 24 Millionen Euro. Als Förderung kommen vom Land 9 Millionen Euro.

Doch der Teufel steckt wie häufig im Detail: Statt der ursprünglich anvisierten Fertigstellung 2024 sprechen die Planer jetzt von einem möglichen Einzug der Schüler in 2028. Für die Schulnutzung werden neue Treppenhäuser, ein anderes Brandschutzkonzept, eine neue Raumaufteilung, Sanitäranlagen und Lärmschutzmaßnahmen benötigt. Der Schulhof soll auf dem Flachdach angelegt werden, das derzeit noch für die Lüftungstechnik genutzt wird. Bis heute haben die Bauarbeiten nicht begonnen. Vorläufig wird das Gebäude als „Übergangshaus“ genutzt mit Ausstellungen, Coworking-Bereichen und Räumen, in denen sich die Wissenschaft präsentieren kann.

Leider ist zum heutigen Zeitpunkt zu befürchten, dass sich der Zeitplan noch weiter nach hinten verschiebt und die vorgesehenen Kosten nicht einzuhalten sind. Denn ein Vorbild für die Umnutzung eines Kaufhauses als Schulgebäude gibt es bislang nicht. Es stellt sich daher die grundsätzliche Frage, ob die Pläne wirklich eine gute Idee waren. Denn hier wird das Pferd von hinten aufgezäumt und: Erst hat man ein Gebäude erworben, um dann darüber nachzudenken, wie man es nutzen kann. Durch eine solche Vorgehensweise sind schon viele Projekte gescheitert, die letztlich in unserem Schwarzbuch gelandet sind.

**Rainer Kersten**

[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

Der Warenhauskonzern Karstadt hat sich aus Lübeck vollständig zurückgezogen. Anfang 2024 war der letzte Verkaufstag. Schon 2020 hat der Konzern das frühere Haus B, in dem auch die Sportabteilung untergebracht war, geschlossen. Das Warenhaus lag mitten in der Altstadt und hatte eine zentrale Bedeutung für den Kundenverkehr in der Hansestadt.

Die Stadt überlegte, wie sie einen langen Leerstand verhindern konnte. Und so entschied man im November 2022, das frühere Haus B für 13 Millionen Euro zu erwerben. Eine neue Nutzung zu finden, war schwierig. Letztlich favorisierte die Stadtvertretung eine Umgestaltung als Schulgebäude. Auf der Lübecker Altstadtinsel

## Info-Veranstaltung in Brunsbüttel

**Am 21.05.2024 fand eine gemeinsame Info-Veranstaltung von Haus & Grund Brunsbüttel mit dem Bund der Steuerzahler zum Thema Gebäudeenergiegesetz statt.**

„Das Gebäudeenergiegesetz ist nach unseren massiven Einsprüchen entschärft worden. Mit der jetzt beschlossenen Fassung können die Hausbesitzer leben“, erklärte Alexander Blažek, Vorsitzender von Haus & Grund Schleswig-Holstein, auf einer Informationsveranstaltung, die gemeinsam vom Haus- und Grundbesitzerverein Brunsbüttel sowie dem Bund der Steuerzahler, Kreisbeirat Dithmarschen, organisiert wurde. Vor insgesamt rund 70 Teilnehmern beider Vereine erläuterte Blažek die Einzelheiten der beschlossenen Regelungen für die Eigentümer. Das Wichtigste: Es besteht kein Grund zum hektischen Aktionismus! Die Eigentümer können in Ruhe und mit Besonnenheit die notwendigen energetischen Sanierungsarbeiten planen und umsetzen. Wichtig sei, sich hierfür fachkundigen Rat zu holen, damit zuerst die Maßnahmen ergriffen werden, die die größte Wirkung erzielen.

Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, ging in seiner Begrüßung darauf ein, dass auch die

Hauseigentümer ihren Beitrag zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz leisten müssten. Dabei komme es für den Gesetzgeber aber darauf an, mit Augenmaß vorzugehen. Weder dürften Steuerzahler und Eigentümer überfordert werden, noch sei es sinnvoll, Maßnahmen festzuschreiben, deren Wirkung zweifelhaft sei. Altmann dankte den Organisatoren und dem Referenten aus Kiel für die Durchführung dieser wichtigen Informationsveranstaltung vor Ort.



Rund 70 Interessenten verfolgten den Fachvortrag zum Gebäudeenergiegesetz in Brunsbüttel.

# Schuldenbremse ist kein Selbstzweck!

*Kommentar von Dr. Aloys Altmann, Präsident des BdSt Schleswig-Holstein*

Die gute Nachricht vorweg: Die Steuereinnahmen des Staates steigen weiter dank der fleißigen Unternehmer und Steuerzahler. Schon im nächsten Jahr wird der Staat insgesamt mehr als eine Billion Euro an Steuern einnehmen – so viel wie niemals zuvor. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass die Ausgaben stärker steigen als die Einnahmen. Jeder Privathaushalt und jeder Unternehmer weiß in dieser Situation, was zu tun ist: Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand, es müssen Prioritäten gesetzt werden, damit das Geld für die Aufgaben reicht, die wirklich wichtig sind.

Genau diesen Kassensturz, der offenbart, dass viele der großzügigen Versprechungen nicht eingehalten werden können, versucht die Politik zu vermeiden. Stattdessen hat man einen vermeintlich Schuldigen an der schwierigen Situation gefunden: Die Schuldenbremse. Sie soll dafür verantwortlich sein, dass nicht mehr alles finanzierbar ist, was man sich doch so gerne leisten würde. Darum ist die scheinbar einfache Lösung für viele Kritiker klar: Die Schuldenbremse muss weg und alles wird wieder gut.

Doch genau diese Einstellung in weiten Kreisen der Politik ist es, die die Schuldenbremse so notwendig macht. Wir können nicht auf sie verzichten! Denn sie zwingt die Regierenden zu Disziplin und Verzicht.

Die 2011 eingeführte Schuldenbremse ermöglicht es, in konjunkturell schwachen Phasen mehr Geld auszugeben, um diese aufgenommenen Schulden dann aber in besseren Zeiten wieder zurückzuführen. Außerdem erlaubt sie Notkredite, damit in Katastrophen- und Krisenzeiten alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können, um den Staat und die Gesellschaft zu schützen. Bis heute gibt es nicht eine einzige wichtige Investition bei Bund, Ländern und Gemeinden, die wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz und den Landesverfassungen nicht getätigt werden konnte. Seit Einführung der Schuldenbremse ist auch die Investitionstätigkeit des Staates nicht zurückgegangen, sondern sie hat sogar noch zugenommen.

Der entscheidende Unterschied der Schuldenbremse zu den früheren Regeln für die Kreditaufnahme des Staates ist die Rückzahlungsverpflichtung. Seit Ende der 1960er Jahre haben die staatlichen Ebenen Jahr für Jahr mehr Geld ausgegeben als sie Einnahmen erzielt haben. Diese Schulden wurden niemals ordentlich getilgt, sondern immer weiter angehäuft. Dafür müssen dauerhaft Zinsen gezahlt werden. In der Gesamtschau sind heute die gezahlten Zinsen schon höher als die ursprünglich aufgenommenen Kredite!

Ein konkretes Beispiel aus Schleswig-Holstein macht das Problem deutlich: Als die Landespolizei in den 1970er Jahren mit neuen VW-Käfer und VW 1600 ausgestattet wurde, hat man diese mit Schulden bezahlt. Irgendwann mussten sie durch neue VW Passat ersetzt werden, für die dann wieder neue Kredite aufgenommen wurden. Weder die Käfer noch die Passate sind heute noch vorhanden, die Schulden stehen aber immer noch in den Büchern. Sie sind enthalten in den über 30 Milliarden Euro, die das Land Schleswig-Holstein an Schulden vor sich herschiebt. Wir zahlen also heute noch Zinsen auf Schulden, die aufgenommen wurden, um vor 50 Jahren neue Polizeifahrzeuge zu kaufen! Diese Zinsen schränken heute die Spielräume der Politik ein. Das durfte so nicht weitergehen!



*Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein*

Doch so denkt kaum ein Politiker: In der Regel wird immer nur bis zum nächsten Wahltag gedacht. Und da ist es für den Wahlerfolg einfacher, teure Leistungen zu versprechen, die dann von künftigen Generationen bezahlt werden müssen. Damit dieses Denken nicht weitergeht und uns die Zukunft verbaut, brauchen wir die Schuldenbremse. Jede Kreditaufnahme muss in einem vorher festgelegten Zeitraum ordentlich getilgt werden. Wie es gute kaufmännische Sitte ist, darf der Tilgungszeitraum nicht länger sein als die Nutzung der Investitionsgüter. Am konkreten Beispiel: Die Kredite für die Polizei-Käfer hätten zurückgezahlt werden müssen, solange die Fahrzeuge noch im Einsatz waren.

Wir sperren uns nicht gegen sinnvolle Reformvorschläge für die Schuldenbremse: Notkredite an das Haushaltsjahr zu koppeln, ist wenig sachgerecht, denn Sturmfluten und Virus-Pandemien halten sich nicht an Kalenderjahre. Und eine Kreditaufnahme für Netto-Investitionen, die zu einer Erhöhung des Kapitalstocks führen – beispielsweise für den Ausbau von Infrastruktur und Bildungseinrichtungen – ist auch vertretbar, wenn die Schulden zurückgezahlt werden, während die damit finanzierte Einrichtung noch existiert. Gute Vorschläge haben die Bundesbank und das Institut für Weltwirtschaft in Kiel erarbeitet. Aber das Flickenschieben und das Einstellen weiterer Lehrer oder Umweltschützer sind nun wirklich keine Investition, für die Kredite aufgenommen werden dürfen.

Die Interpretation, was Zukunftsinvestitionen sind, für die eine Verschuldung gerechtfertigt ist, dürfen wir nicht den Politikern überlassen. Sonst wird sie für den kurzfristigen Wahlerfolg immer weiter aufgeweicht. Darum können wir auf eine sinnvoll ausgestaltete Schuldenbremse in Grundgesetz und Landesverfassung nicht verzichten!

# Blick durch das Land



Die Stimmung muss immer besser sein als die Lage – diese alte Weisheit gilt vielen Führungskräften als Richtschnur ihres Handelns. Denn mit einer motivierten und engagierten Truppe kann man auch schwierige Situationen bewältigen und Erfolge erzielen. Umgekehrt gilt: Die beste Lage nutzt nichts, wenn die Stimmung in der Mannschaft schlecht ist. Dann lassen sich selbst objektive Erfolge nicht gebührend würdigen.

Diese Führungs-Weisheit ist offenbar auch unserem Ministerpräsidenten Daniel Günther bekannt. Jedenfalls lässt er keine Möglichkeit aus, für gute Stimmung zu sorgen, ob innerhalb der Regierungskoalition mit den Grünen oder im Kreis seiner Anhänger in der eigenen Partei oder auch mit Fans im Fußballstadion. Überall sorgt er für Harmonie und Fröhlichkeit. Bisweilen betätigt sich Daniel Günther sogar als Partysänger auf offener Bühne, um für eine ausgelassene Atmosphäre zu sorgen.

Wir Schleswig-Holsteiner sind für Stimmungsmache durchaus empfänglich. Schließlich gehören wir nach Erhebungen von Meinungsforschern zu den glücklichsten

ten Menschen in Deutschland. Viele Urlauber kommen zu uns, um die Vorzüge des Landes zu genießen. Und wer im Frühsommer durch unsere Landschaften wandert oder radelt, muss auch einfach begeistert sein.

Doch von der (noch) guten Stimmung sollte sich die Politik nicht blenden lassen: Zwar sind die Ergebnisse der Europa-Wahl in Schleswig-Holstein nicht ganz so alarmierend ausgefallen wie in anderen Teilen des Bundesgebiets, aber sie sind doch ein klarer Warnschuss an die etablierte Politik! Gerade viele jüngere Bürger sind offenkundig alles andere als begeistert von der Politik in Berlin und Kiel. Sie fühlen sich mit ihren konkreten Problemen alleingelassen und durch die Gesetzgebung in den Parlamenten oft mehr bevormundet als unterstützt. Das was in Berlin und Kiel von Politikern diskutiert und in den Medien und Talkshows ausgebreitet wird, betrifft oft eben gerade nicht die Alltagsprobleme der Menschen. Die Regierenden müssen aufpassen, dass sie den Kontakt zur Lebenswirklichkeit der Bürger nicht verlieren.

Die gute Stimmung in der Truppe, die ge-

rade verloren zu gehen droht, soll ja aber auch kein Selbstzweck sein: Vielmehr dient sie dazu, mit hoher Einsatzbereitschaft und Motivation schwierige Situationen anzugehen und zu lösen. Noch sind die Bürger unseres Landes bereit, ihre Ärmel aufzukrempeln und gemeinsam für einen Erhalt und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein zu sorgen. Die Landesregierung von Daniel Günther ist jetzt als Führung gefordert, vorweg zu gehen und klare Prioritäten bei der Problemlösung zu setzen. Dabei zählen die wenigsten Bürger die Zahl der Ranger für den Ostseeschutz oder das Jagdrecht für Gänse an der Nordseeküste zu ihren Alltagsproblemen.

Innere Sicherheit, gute Bildung, erfolgreiche Forschung und eine leistungsfähige Infrastruktur werden gebraucht, um in eine erfolgreiche Zukunft zu kommen. In allen Bereichen fehlt es nicht an Geld, sondern an einer effizienten Organisation und der richtigen Planung. Damit kann unsere Regierung uns abholen und die Stimmungslage nachhaltig verbessern. Dazu braucht es weder Erfolge im Fußball noch einen sanftmütigen Ministerpräsidenten, sondern einfach nur gutes Regieren.

## Dieter Beig verstorben

Am 10. Juni 2024 verstarb unser langjähriges aktives Mitglied Dieter Beig aus Pinneberg. Bereits am 1. Dezember 1963 trat der selbstständige Verleger und Journalist unserem Verband bei. Damit gehört er mit seinen mehr als 60 Mitgliedsjahren zu den Unterstützern, die uns am längsten die Treue gehalten haben. Er sah sich aber nie nur als zahlender Teil unserer Gemeinschaft, sondern hat sich stets persönlich aktiv eingebracht. So gehörte er neun Jahre unserem Verwaltungsrat an und führte den Kreisbeirat Pinneberg bis 2022 als Vorsitzender. Bereits 1982 haben wir ihn dafür mit unserer silbernen Ehrennadel auszeichnen können, 1991 erhielt er dann unsere Verdienstnadel in Gold. Wir denken gerne an einen Mitstreiter zurück, der unsere Grundwerte und Ziele persönlich verkörperte. Seine vielseitigen Interessen und seinen klaren Blick auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik hat er in die Gremien des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein hineingetragen. Zurückhaltend in Form und Formulierung, aber inhaltlich klar und unmissverständlich wusste er wichtige Anregungen und Perspektiven zu vermitteln. Die Gespräche und Diskussionen waren immer ein Gewinn für alle Beteiligten. Dafür danken wir ihm an dieser Stelle noch einmal. Wir werden ihn bleibend in Erinnerung behalten.



## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., [www.steuerzahler-sh.de](http://www.steuerzahler-sh.de)

**Redaktion:** Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: [schleswig-holstein@steuerzahler.de](mailto:schleswig-holstein@steuerzahler.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Roger H. Müller, Rainer Kersten

**Erscheinungsweise:** 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

**Auflage:** 7.000, 53. Jahrgang, 7+8/2024

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, Mail: [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de)

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel